
II. Arbeit und Wohlstand in Sachsen

Wirtschaft, Handwerk, Arbeitsmarkt und Tourismus

Sachsens Wirtschaft befindet sich auf Wachstumskurs. Seit dem Regierungsstart 2009 sind die sächsischen Unternehmen gewachsen, innovativer und internationaler geworden. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich spürbar verbessert, die Beschäftigungsquote ein neues Rekordniveau erreicht. Insbesondere Industrie, Handwerk, Gesundheitswirtschaft und Freie Berufe haben zum Beschäftigungsaufbau in Sachsen deutlich beigetragen. Die Gründungsintensität innovativer Unternehmen befindet sich auf hohem Niveau.

Eine starke und international wettbewerbsfähige Wirtschaft ist der Schlüssel für höhere Steuereinnahmen. Bis 2020 wollen wir die Arbeitslosigkeit auf unter 6 Prozent reduzieren. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner soll dabei überdurchschnittlich steigen. Dies gelingt nur, wenn sich unsere Wirtschaft dynamisch entwickelt. Wir setzen dabei auf die Prinzipien Wettbewerb, Marktwirtschaft und Leistungsgerechtigkeit.

Wir wollen für Unternehmer ein noch attraktiveres Umfeld schaffen – für Gründung, Investition und Expansion. Wirtschaftsförderung ist dabei Hilfe zur Selbsthilfe. Sie setzt dort an, wo sächsische Unternehmen Nachteile haben, z. B. aufgrund ihrer geringen Größe. Daher werden wir die Förderpolitik auf Innovation, Internationalisierung, Größenwachstum und Fachkräftesicherung konzentrieren. Darüber hinaus setzen wir uns für eine leistungsfähige Infrastruktur und ein unternehmerfreundliches Klima in Sachsen ein. Wer hier investiert und Arbeitsplätze schafft, verdient keinen Sozialneid, sondern gesellschaftliche Anerkennung.

Wir setzen auf die enge Sozialpartnerschaft in den Betrieben vor Ort. Unternehmer und Belegschaften sitzen in einem Boot. Nur wenn ein Unternehmen gut verdient, sind attraktive Löhne und sichere Arbeitsplätze möglich. Für uns tragen die sächsischen Unternehmer eine hohe Verantwortung und ein hohes Risiko – ihre Fehler werden im Gegensatz zu großen Banken nicht durch den Steuerzahler abgedeckt.

Sachsen soll als innovativer und wettbewerbsfähiger Standort im globalen Wettbewerb noch stärker zum Land der Möglichkeiten werden. Unsere Wirtschaft braucht mehr Freiräume, um schneller zu wachsen – und nicht mehr staatliche Eingriffe und Vorschriften. Sächsische Unternehmen müssen in der Lage sein, von globalen Wachstumschancen zu profitieren, aber auch regionale Marktchancen zu ergreifen. Höhere Erbschafts-, Vermögens- und Einkommensteuern lehnen wir ab. Wir bekennen uns klar zu Steuersenkungen, damit sich die Anstrengung von Arbeitnehmern und Unternehmern lohnt.

Sachsen ist ein gefragtes Tourismusland. Die wirtschaftlichen Potenziale wollen wir durch Qualitätssteigerungen und eine bessere Vermarktung stärker ausschöpfen. Die Zahl der Übernachtungen in Sachsen wollen wir bis 2020 von derzeit über 16 Millionen auf mindestens 18 Millionen steigern.

Der Aufbauprozess seit den 1990er Jahren hat den Grundstein für eine leistungsfähige sächsische Wirtschaft gelegt. Der Abstand zur Spitze in Westdeutschland und Europa ist aber noch sichtbar. Es ist unser Anspruch, mit erfolgreichen Unternehmen den Freistaat Sachsen wieder zu einer der wirtschaftlich führenden und wohlhabendsten Regionen Europas zu entwickeln.

Was haben wir bisher in Regierungsverantwortung erreicht?

Wir haben Wort gehalten und viele unserer Wahlforderungen in Regierungsverantwortung umgesetzt – oft auch gegen harte Widerstände und Besitzstandswahrer. Das Vertrauen in den Standort Sachsen zeigt die hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

Auf dem Arbeitsmarkt konnten die größten Erfolge erzielt werden. Die Arbeitslosigkeit sinkt, selbst schwerer zu vermittelnde Arbeitssuchende finden heute bessere Beschäftigungschancen als noch vor fünf Jahren. Wir sind stolz auf das Geleistete:

- überdurchschnittliche Senkung der Arbeitslosigkeit in Sachsen seit 2009 von knapp 13 Prozent auf derzeit rund 9 Prozent
- Stopp der Abwanderung, Sachsen ist seit 2011 Zuwanderungsland
- zweite Chance für viele Sachsen: Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Benachteiligte durch zielgerichtete Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt; Konzentration der aktiven Arbeitsmarktinstrumente auf Langzeitarbeitslose, Hartz IV-Empfänger und lernschwache Jugendliche
- Abschaffung wirkungsloser Förderprogramme bezüglich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- erfolgreiche Etablierung der individuellen Weiterbildungsförderung für Arbeitnehmer („Weiterbildungsscheck“)
- Entwicklung einer sächsischen Fachkräftestrategie zur langfristigen Sicherung des Arbeitskräftepotenzials
- erfolgreicher Einsatz auf Bundesebene für die Neuregelung des Ausländerrechts und Aufenthaltsrechts zur erleichterten Anwerbung von internationalen Fachkräften
- Konzentration der Wirtschaftsförderung auf wachstumsträchtige Felder und Abbau des Förderbürokratiedschungels (u. a. Mittelstandsförderung)
- mehr Freiheiten für Wirtschaft und Verbraucher, z. B. durch neues Ladenöffnungsgesetz, liberalisierten Sonn- und Feiertagsverkauf für Bäcker und Blumenhändler, Schaffung von Rechtssicherheit für die Adventsöffnung, neues Gaststättengesetz, Abschaffung des Sonntagsöffnungsverbotes für Autowaschanlagen und Videotheken
- neues Sächsisches Vergabegesetz mit schlanken und transparenten Regelungen ohne vergabefremde Kriterien
- Einführung der sächsischen Innovationsprämie für eine engere Zusammenarbeit zwischen kleinen Unternehmen und Forschungsdienstleistern, Entwicklung einer Sächsischen Innovationsstrategie
- erfolgreiche Bewerbung für ein „Schaufenster Elektromobilität“ zusammen mit dem Freistaat Bayern im Rahmen der Bundesförderung für Elektromobilität
- Start und Aufstockung der „Digitalen Offensive Sachsen“ auf 80 Millionen Euro für Investitionen in die Erschließung neuer Wirtschaftspotenziale im Bereich der digitalen Wertschöpfung und des Breitbandausbaus
- Start einer national und international wirksamen Standortkampagne zur besseren Vermarktung der touristischen Attraktionen, wirtschaftlichen Standortvorteile sowie guten Lebens- und Arbeitsbedingungen Sachsens mit insgesamt 32 Millionen Euro bis 2016
- Entwicklung einer neuen sächsischen Tourismusstrategie zur Herausbildung leistungsstarker Urlaubsregionen in Sachsen (Destinationen) und Etablierung einer Erfolgskontrolle; Steigerung der Zahl internationaler Gäste mit hoher Kaufkraft
- stärkere Kooperation zwischen Wirtschaftsförderung und Tourismusförderung bei Auslandsmarketingaktivitäten

Was wollen wir bis 2020 für Sachsen erreichen?

Innovative Unternehmer als Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft
Freies Unternehmertum ist die Quelle von Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Nach der friedlichen Revolution starteten die meisten Unternehmer in die Selbstständigkeit. Sie konnten keinen Wohlstand erben, sondern mussten sich jeden Erfolg gegen die etablierte Konkurrenz hart erarbeiten. Heute erleben wir eine zweite Gründergeneration. Sie braucht keine Dauersubventionen, sondern wachstumsfördernde Rahmenbedingungen. Wir achten und unterstützen anpackende Unternehmer, die das Risiko nicht scheuen, ihre Ideen in die Tat umsetzen, und die Kraft und Ausdauer bei großen

Herausforderungen beweisen. Sachsen soll ein attraktives Land der Gründer und Unternehmer des 21. Jahrhunderts sein. Dafür wollen wir:

- für ein positives Unternehmerbild in der Gesellschaft werben, das Leistung, Risikobereitschaft und Verantwortungsübernahme würdigt
- zweite Chance für Unternehmer: Darlehensangebote für Restrukturierung, Krisenbewältigung und Neustart
- Gestaltung bester Rahmenbedingungen für erfolgreiche Unternehmensnachfolgen
- Verhinderung von neuer Bürokratie sowie Umsetzung von EU-Recht in Bundes- und Landesrecht nur 1:1
- Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen im Gemeindefinanzrecht
- öffentliche Vergaben mit Blick auf einheimische Unternehmen und Handwerksbetriebe weiter erleichtern und nicht mit vergabefremden Kriterien belasten
- Verhinderung neuer bürokratischer und mittelstandsfeindlicher Regularien im Arbeitsrecht und Arbeitsschutz
- Bekenntnis zur Tarifautonomie; Ablehnung von beschäftigungsfeindlichen Mindestlöhnen; keine Monopole für Gewerkschaften
- Verhinderung von Lohndumping durch Bildung, Weiterbildung und attraktive Arbeitsplätze sowie Anwendung des Verbots der Sittenwidrigkeit

Engagierte Mitarbeiter sind der Schlüssel zu erfolgreichen Unternehmen. Ohne engagierte und qualifizierte Mitarbeiter ist kein Unternehmer erfolgreich. Angesichts des demografischen Wandels wollen wir alle Arbeitskräftepotenziale heben. Dies gilt besonders für ältere Arbeitnehmer, Alleinerziehende und geringer qualifizierte Jugendliche. Maßgeschneiderte Bildungsangebote für Geringqualifizierte schlagen Brücken in den ersten Arbeitsmarkt. Wer eine unzureichende oder nicht nachgefragte Qualifikation besitzt, soll eine echte zweite Chance für Qualifikation und beruflichen Wiedereinstieg erhalten. Dies hilft nicht nur dem Wirtschaftsstandort Sachsen, sondern stärkt auch das eigene Selbstwertgefühl. Eine erfüllende und gut bezahlte Arbeit ist wichtige Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben.

Höhere Löhne entstehen durch wirtschaftliche Stärke. Die Lohnfindung darf dabei nicht wie bei Mindestlöhnen zum Spielball der Politik werden. Wir setzen auf erfolgreiche Unternehmen und bestmöglich qualifizierte Arbeitnehmer. Dazu verfolgen wir:

- Ausbau der Weiterbildungsförderung für Arbeitnehmer und Mittelstand („Weiterbildungsscheck“)
- Stärkung des Systems der dualen Ausbildung in Berufsausbildung, Berufsakademien, Hochschulen und Weiterbildung; Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Facharbeiterausbildung als Basis einer soliden Wirtschaft, daher soll für jeden Jugendlichen eine Lehrstelle zur Verfügung stehen
- höhere Verbindlichkeit und Qualität der Berufsorientierung flächendeckend für Oberschulen und Gymnasien entsprechend regionaler Erfordernisse
- Rückkehr von Sachsen nach Sachsen sowie Zuwanderung von Fachkräften aus anderen Teilen Deutschlands und dem Ausland; Nutzung der Hochschulen als Magnete zur Anwerbung
- Etablierung attraktiver Kinderbetreuungsangebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie verbesserte Möglichkeiten für die Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit der Pflege von Familienangehörigen
- Sicherung der arbeitsmedizinischen Betreuung für Arbeitnehmer durch eine professionelle Arbeitsschutzverwaltung, die den demografischen Wandel berücksichtigt
- Unterstützung von Modellen zur direkten Beteiligung von Mitarbeitern am Unternehmenserfolg

Wirtschaftsstandort Sachsen auf Wachstumskurs halten

Die Stärke der sächsischen Industrie ist der Kern unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Vom Aufschwung haben auch die sächsischen Arbeitnehmer durch steigende Einkommen profitiert. Die Exportquote der

heimischen Industrie ist angestiegen. Oftmals haben sächsische Betriebe den Status als „verlängerte Werkbank“ hinter sich gelassen und etablierten sich mit eigener Forschung und Entwicklung. Wir werden diese Entwicklung weiter unterstützen. Verlässliche Rahmenbedingungen sind die Basis für umfassende Investitionsentscheidungen. Wir wollen, dass Sachsen weiterhin eine Region mit überdurchschnittlich hohen Investitionen in Arbeitsplätze, Maschinen und Anlagen bleibt. Für uns bedeutet dies:

- klares Bekenntnis zur Industrie und zum weiteren Ausbau der industriellen Basis als Grundlage für Wachstum und Wohlstand
- Ausbau des Freistaates Sachsen als deutsches Kompetenzzentrum des „Internets der Dinge“ (Industrie 4.0) im Bereich Software und Mikroelektronik
- Gewährleistung wachstumsfördernder Rahmenbedingungen für Freie Berufe und Gesundheitswirtschaft als Beschäftigungsmotoren im Freistaat Sachsen
- Begleitung der Unternehmen und Arbeitnehmer beim Strukturwandel durch Unterstützung von unternehmensgetragenen Netzwerken und Clustern
- Weiterführung der Investitionsförderung auf hohem Niveau, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen
- Kontinuität bei der Mittelstandsförderung in den Bereichen Existenzgründung, Bürgschaften sowie Zuschüsse für Beratungsleistungen und Markterschließung
- weitere Bereitstellung von Beteiligungskapital über die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG), den Wachstumsfonds Mittelstand (WMS) und den Technologiegründerfonds (TGFS)
- Etablierung von Nachrangdarlehensfonds für Investitionen und Darlehensfonds für mittelständische Unternehmen zur Markterschließung in Abhängigkeit von der Entwicklung der Kapitalmarktzinsen
- Ansiedlung von Unternehmen mit innovativen Technologien und gezielte Nutzung des vorhandenen Fachkräftepotenzials für diese Ansiedlungen
- attraktive Technologie- und Innovationsförderung mit dem Schwerpunkt auf marktorientierter FuE-Förderung sowie einer Vereinfachung und Fortführung der Innovationsprämie
- Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und unternehmensbezogener Technologieförderung im Wirtschaftsministerium („Förderung aus einer Hand“)
- Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung für mittelständische Unternehmen auf Bundesebene oder Etablierung eines vergleichbaren Instrumentes auf Landesebene
- Innovationsoffensive mit technologieorientiertem Existenzgründerwettbewerb, Stärkung der Gründung aus Hochschulen, Sensibilisierung der Unternehmen und offensive Werbung für Technik und Fortschritt in der sächsischen Bevölkerung
- Unterstützung der Entwicklung der Elektromobilität in der Modellregion und im gemeinsamen Schaufenster mit Bayern; Aufbau eines Freiluftlabors Elektromobilität auf dem Sachsenring
- Fortsetzung der Innenstadtinitiative „Ab in die Mitte!“ zur Unterstützung mittelständischer Handelsunternehmen im Zusammenspiel mit dem „Gesetz zur Belebung innerstädtischer Einzelhandels- und Dienstleistungszentren“ (BID-Gesetz)
- weitere Förderung für Investitionen in wirtschaftsnahe Infrastruktur zur besonderen Unterstützung des ländlichen Raums
- Entlastung von Unternehmen und Unternehmern bei Steuern und Abgaben durch niedrigere Gewerbesteuerhebesätze und einen verantwortungsvollen Umgang mit Kommunalabgaben
- Unterstützung von Unternehmen bei der Erhöhung von Datensicherheit und dem Schutz vor Wirtschaftsspionage

Sachsen – auf den Weltmärkten zu Hause

Wir brauchen eine noch stärkere Internationalisierung sächsischer Unternehmen, um von globalen Wachstumschancen zu profitieren. Dabei wollen wir den Förderschwerpunkt von der Markteinführung zur Marktdurchdringung erweitern. Die Internationalisierung von Unternehmen ist eng mit ihrem Innovationspotenzial verbunden. Innovative Unternehmen erreichen im Export einen viermal höheren

Umsatz und haben eine höhere Rentabilität. Die weltweite Vermarktung sächsischer Innovationen und Erfindungen wollen wir daher gezielt vorantreiben. Zur Unterstützung der weiteren Internationalisierung setzen wir auf:

- weitere Erschließung ausländischer Märkte, beispielsweise durch Unternehmerreisen und Markterschließungsprogramme
- Umsetzung der Leitlinien der Außenwirtschaft mit einer Konzentration staatlicher Mittel auf Wachstumsmärkte
- offensive Investorenwerbung im Zusammenspiel von Wirtschaft, Forschung, Tourismus und Kultur; Fokus auf Ansiedlung von Unternehmen mit innovativen Technologien
- intensivere Nutzung der Verbindungsbüros in Prag und Breslau für Wirtschaftskontakte
- weitere Verzahnung und Zusammenführung von Wirtschaftsförderung Sachsen (WFS) und Tourismus Marketing Gesellschaft Sachsen (TMGS)

Leistungsfähigkeit des Tourismuslandes Sachsen stärken

Sachsen verfügt in seinen Regionen über vielfältige Attraktionen – für den Tagestourismus genauso wie für Urlaubsreisen. Die starke Stellung des Freistaates als hochwertiges Kulturreiseland wollen wir ausbauen. Dabei steht die Entwicklung attraktiver und leistungsstarker Reiseregionen (Destinationen) im Mittelpunkt. Die Umsetzung der sächsischen Tourismusstrategie werden wir weiterhin umfassend mit Landesmitteln unterstützen. Gleichzeitig sind auch finanzielle Anstrengungen der Kommunen erforderlich, um die touristische Attraktivität zu erhöhen. Die Erreichung der definierten Ziele der Tourismusstrategie werden wir im Jahr 2015 überprüfen, auch mit Blick auf die Förderschwerpunkte. Wir brauchen leistungsstarke und bekannte Tourismusregionen in Sachsen, die sich im nationalen und internationalen Wettbewerb behaupten können. Dazu fördern wir weiter Investitionen in die touristische Infrastruktur entsprechend den Schwerpunkten der Regionen und setzen auf tourismusfreundliche Maßnahmen. Dazu zählen:

- Verbesserung der digitalen Infrastruktur von Internet-Hotspots an touristischen Orten bis zu multimedialen Informationsangeboten über wichtige Attraktionen („Digitale Offensive Sachsen“) und Entwicklung einer „Sachsen App“
- Aufwertung touristisch interessanter Autorouten durch entsprechende Kennzeichnung (z. B. „Panoramastraßen“)
- Verbesserung der Durchgängigkeit und Ausschilderung von überregionalen Routen und Wegen, beispielsweise beim Elberadweg; Erleichterung des Baus von Radwegen auf stillgelegten Eisenbahntrassen
- Unterstützung des Wassertourismus, unter anderem durch mehr öffentlich zugängliche Häfen und Anlegestellen an Flüssen und Seen, z. B. entlang der Elbe
- keine Verschärfung von Vorschriften zur Fahrgastbeförderung mit Sportbooten auf Flüssen und Seen
- Berücksichtigung der Barrierefreiheit in Förderrichtlinien zur touristischen Infrastruktur

Die Möglichkeit der vereinfachten Aufstellung von touristischen Hinweistafeln an Autobahnen soll weiter genutzt werden, auf Bundesebene setzen wir uns für eine solche Möglichkeit auch entlang der Bundesstraßen ein. Wir wollen Kommunen unterstützen, in geeigneten Regionen ein größeres und besser verbundenes Reitwegenetz als bisher auszuweisen. Dies betrifft auch Verbesserungen für das Reiten im Wald.

Neben faszinierenden Landschaften und kulturellen Anziehungspunkten bietet das Messe- und Kongressgeschäft die Chance, mehr kaufkräftige Gäste nach Sachsen zu bringen. Typisch sächsische Besonderheiten wie die vielfältigen Weihnachtstraditionen oder auch die Schmalspurbahnen wollen wir weiter aktiv im In- und Ausland bewerben. Die Tourismuswerbung hat eine herausragende Bedeutung innerhalb der Standortkampagne des Freistaates Sachsen. Die Standortkampagne muss eine nachhaltige Wirkung entfalten können und soll daher bis mindestens 2020 fortgesetzt und finanziert werden.

Wir setzen auf die Beibehaltung tourismusfreundlicher Öffnungszeiten und sprechen uns gegen die Verschlechterung von Beschäftigungsmöglichkeiten der Tourismusbetriebe durch weitere staatliche Arbeitsmarkteingriffe aus. Wir wollen die Sommerferienzeiträume in den Bundesländern entzerren. Sie sind von derzeit rund 70 auf 90 Tage auszudehnen. Alle Bundesländer sollen sich an der Rotation beteiligen. Die Stellung des Wirtschaftsministeriums als Leitministerium für die Tourismusförderung wollen wir stärken, um eine effizientere Arbeit aus einer Hand innerhalb der Staatsregierung zu erreichen.

Starkes Handwerk für Sachsen

Das sächsische Handwerk ist mit rund 59.000 Betrieben und 320.000 Beschäftigten wesentlicher Motor für Wachstum und Wohlstand. Handwerksunternehmen engagieren sich überdurchschnittlich bei Berufsausbildung und Nachwuchsgewinnung. Sie sind regional verankert und durch die persönliche Verantwortung des Betriebsinhabers geprägt. Daher weisen sie eine besondere wirtschaftliche Stabilität auf. Wir wollen die Leistungsfähigkeit des sächsischen Handwerkes weiter stärken – durch den Abbau von Bürokratie, ein faires Steuersystem sowie durch die Unterstützung bei Innovationen, bei der Fachkräftegewinnung und der überregionalen Markterschließung.

Handwerksbetriebe sind häufig freiwillig in Fachverbänden und Innungen organisiert und aufgrund der Eintragung in die Handwerksrolle verpflichtend Mitglied der Handwerkskammer. Wir setzen auf eine Stärkung der Fachverbände und Innungen, um deren Fachkompetenz noch stärker für eine stabile Entwicklung und weitere Verbesserung der Berufsausbildung zu nutzen. Auch die Übertragung von Aufgaben, die bisher durch die Handwerkskammern wahrgenommen werden, ist dabei vorstellbar.

Die Handwerkskammerstruktur soll im Dialog mit den Kammern modernisiert werden. Dies gilt für die Straffung der Organisationsstruktur und die mögliche Bildung einer starken sächsischen Handwerkskammer statt der bisherigen drei Kammerverwaltungen. Die Handwerkskammer sollte sich auf grundlegende Aufgaben konzentrieren, wie Maßnahmen zur Förderung, Unterstützung und Durchführung der Berufs- und Meisterbildung und die Ausstellung von Ursprungszeugnissen. Wir sprechen uns dafür aus, die doppelte Mitgliedschaft in der Handwerks- und in der Industrie- und Handelskammer für die betroffenen Unternehmen entweder zu beenden oder so zu gestalten, dass nur die Kosten einer Mitgliedschaft anfallen.

Das sächsische Handwerk wollen wir stärken durch:

- Erhalt des Meisterbriefs als Markenzeichen und Qualitätssiegel des Handwerks
- Unterstützung für Inhaber sogenannter zulassungsfreier Handwerksbetriebe beim Erwerb des Meisterabschlusses
- Berücksichtigung der besonderen Bedingungen des Handwerks in der Gesetzgebung, insbesondere bei Steuergesetzen oder im Verkehrsbereich, beispielsweise durch die Verhinderung von neuen Umweltzonen und Tachografenpflicht für Kleintransporter
- Einsatz auf Bundesebene für die Rücknahme der Vorfälligkeit von zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträgen für mehr Liquidität und Bürokratieabbau bei Betrieben
- Stärkung der Berufsorientierung im Handwerksbereich, beispielsweise durch bessere Berücksichtigung im WTH-Unterricht
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den Erhalt historischer Handwerksberufe wie Spielzeugmacher, Korbflechter oder Pfefferküchler
- Umqualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Handwerker, die ihren Beruf aufgrund körperlicher Beanspruchung nicht bis zum Renteneintritt ausüben können
- Fortführung der sächsischen Kofinanzierung für das Meister-BAföG zur Förderung der Meisterausbildung
- Vorbildverhalten öffentlicher Auftraggeber bei Zahlungsfristen
- Beibehaltung der steuerlichen Absetzbarkeit von handwerksnahen Dienstleistungen

Potenziale von Zuwanderung und Integration nutzen

Sachsen steht vor großen demografischen Herausforderungen. Trotz stärkerer Geburtenrate und positivem Wanderungssaldo im innerdeutschen Vergleich geht der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung in Sachsen derzeit zurück. Neben der Mobilisierung aller vorhandenen eigenen Fachkräftereserven muss der Freistaat attraktiv für qualifizierte Zuwanderer sein. Sie können unseren Wohlstand mehren. Wir wollen ein weltoffenes und tolerantes Sachsen gegenüber Bürgern aus anderen Kulturen, die sich zu unserer Verfassung und Rechtsordnung bekennen. Die Attraktivität Sachsens für Zuwanderer stärken wir durch:

- Wir fordern die Unterstützung qualifizierter Zuwanderung und die erleichterte Anerkennung von beruflichen Qualifikationen vor allem von Nicht-EU-Ausländern, unter anderem durch Umsetzung der Handlungsempfehlungen des sächsischen „Runden Tisches zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“.
- Den begonnenen Abbau von Aufenthalts- und Beschäftigungshindernissen für ausländische Fachkräfte setzen wir fort. Ziel muss ein einfaches und transparentes Zuwanderungsrecht sein, das klare Kriterien beinhaltet und für Zuwanderungswillige Verständlichkeit bietet.
- Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit zwischen kommunalen Behörden, dem Sächsischen Ausländerbeauftragten/Integrationsbeauftragten und der Arbeitsagentur. Zu prüfen ist die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für zuwanderungswillige Fachkräfte.
- Wir wollen mehrsprachige Informationsangebote für Jugendliche und Fachkräfte aus der EU und außereuropäischen Ländern für die Ausbildung und Berufstätigkeit in Sachsen ausbauen („Welcome-Center“ im Internet).

Rohstoffbasis für sächsische Wirtschaft sichern

Rohstoffgewinnung und Energieproduktion prägen in besonderem Maße die sächsische Wirtschaft. Der Bergbau hat die historische Industrialisierung Sachsens vorangetrieben. Als Generationenprojekt werden wir die Sanierungsmaßnahmen im Bereich der ehemaligen Uran- und Braunkohleförderung fortführen und die Lebensqualität in den betroffenen Regionen weiter erhöhen. Wir wollen vor allem Chancen nutzen, die durch die weltweit steigende Nachfrage nach Rohstoffen entstehen. Rohstoffgewinnung und Recycling sind wertschöpfungsintensiv und sichern damit attraktive Arbeitsplätze. Wir wollen eine hohe Attraktivität Sachsens für Rohstoffunternehmen. Deshalb haben wir die Erhebung der Feldes- und Förderabgabe für zahlreiche Rohstoffe ausgesetzt. Hervorragende Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen sowie die vorhandenen geologischen Daten bieten gute Voraussetzungen für ein neues „sächsisches Berggeschrey“. Dazu gehört für uns:

- Bekenntnis zum Bergbau aus Tradition und als Erfordernis einer dynamischen Wirtschaftsregion
- Etablierung von neuen Wertschöpfungsketten; Stärkung von Freiberg als international bedeutsames Ressourcenzentrum
- Stärkung des Recyclings zur Erhöhung der Nachhaltigkeit des Ressourceneinsatzes
- fairer Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen in der Wertstoffwirtschaft
- Bekenntnis zur Braunkohle und deren energetischer sowie stofflicher Nutzung; dabei verantwortungsvoller Umgang mit Menschen und Natur in den Bergbauregionen
- Fortführung der Beseitigung von DDR-Altlasten im Rahmen des Wismut-Folgeabkommens und Braunkohle-Folgeabkommens, nachhaltige Wiedernutzbarmachung von Bergbaufolgelandschaften
- Zusammenführung vom Sächsischen Oberbergamt und dem Bereich Geologie aus dem Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie zur besseren Kompetenzbündelung

Sichere und bezahlbare Energie für Sachsen

Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bei bestmöglichem Umweltschutz sowie schonender Umgang mit Ressourcen sind für uns die entscheidenden Kriterien einer zukunftsorientierten

Energiepolitik. Wir setzen in Sachsen auf einen breiten Energiemix unter Einbeziehung der heimischen Braunkohle als grundlastfähigem Energieträger. Nur so lässt sich die wetter- und tageszeitlich extrem stark schwankende Energieproduktion bei Wind und Sonne ausgleichen.

Die übereilte und nicht durchdachte „Energiewende“ auf Bundesebene war ein teurer politischer Fehler. Wir lehnen diesen Beschluss ab. Denn die Kosten steigen dramatisch, die Versorgungssicherheit sinkt, Kulturlandschaften verlieren ihre Attraktivität, Innovationen und Investitionen im Markt werden verhindert. Durch die planwirtschaftlichen Anreize des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) richtet sich die entsprechende Stromproduktion nicht nach der Nachfrage, sondern nach der Höhe der Subvention. Eine bedarfsgerechte, zuverlässige und bezahlbare Energieerzeugung gelingt daher nur mit einem neuen marktwirtschaftlichen Modell zur Integration erneuerbarer Energien. Markt und Wettbewerb müssen wieder als „Entdeckungsverfahren“ für die besten Lösungen und Technologien genutzt werden.

Wir bekennen uns in Sachsen zur technologieoffenen Forschungsförderung und der Etablierung neuer Formen der Energieumwandlung – ohne ideologische Denkverbote. Der weitere Ausbau sogenannter „erneuerbarer Energien“ in Sachsen, wie Windkraft, Photovoltaik und Biogas, muss zwingend Rücksicht auf den realen Energiebedarf, den Ausbauzustand der Stromnetze, die lokale Akzeptanz, Gesundheit und Lebensqualität der betroffenen Anwohner sowie den Schutz der Kulturlandschaft und Umwelt nehmen.

Was haben wir bisher in Regierungsverantwortung erreicht?

- Verabschiedung eines neuen sächsischen Energie- und Klimaprogramms (EKP) mit der gleichrangigen Zielsetzung von stabiler Energieversorgung, Bezahlbarkeit und Umweltschutz
- Bundesratsinitiativen zur Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau, zur Novellierung des EEG mit Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien, zur Beendigung der Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich im Baugesetzbuch
- bundesweit einzigartige Verankerung der „lokalen Akzeptanz“ im EKP als Voraussetzung für die Errichtung neuer Windkraftanlagen und für Repowering (Modernisierung von Anlagen)
- Abkehr von der einseitigen Betrachtung klimatischer Veränderungen im Zusammenhang mit menschlichen Ursachen wie dem CO₂-Ausstoß
- Verabschiedung des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) für die Raumordnung im Freistaat (engere Voraussetzungen für sogenannte Vorrang- und Eignungsgebiete zur Errichtung von Windkraftanlagen, Verankerung lokaler Akzeptanz als Kriterium für die Errichtung von Windkraftanlagen, Bewahrung der Kulturlandschaft als eigenständiges Schutzziel, Verhinderung der Errichtung von Windkraftanlagen im Wald)
- Landesprogramm zur Förderung dezentraler Energiespeicher
- Verabschiedung eines Sächsischen Windkrafteerlasses für einen Mindestabstand von 1.000 Metern zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung
- Stärkung der European Energy Exchange AG (EEX) als einem zentralen Marktplatz für den internationalen Energiehandel in Europa (Strom, Erdgas, CO₂-Emissionsrechte und Kohle), vertragliche Sicherung des Standortes bis mindestens 2025 in Leipzig

Was wollen wir bis 2020 für Sachsen erreichen?

Energie ist kein Luxusgut. Wärme, Mobilität und Strom gehören zum Grundbedarf jedes Bürgers in Sachsen. Der drastische Energiepreisanstieg durch die Energiewende muss gestoppt werden. Staatlich verursachte Kosten wie die EEG-Umlage dürfen nicht dazu führen, dass die Energiepreise für die Bürger unbezahlbar und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes gefährdet werden. Die garantierte Abnahme von Öko-Strom zu staatlich festgelegten Preisen und unabhängig

von der Nachfrage treibt die Stromkosten für private Haushalte und Unternehmen in die Höhe. Insbesondere das Handwerk und kleinere Unternehmen, die nicht die Ausnahmetatbestände für eine EEG-Befreiung erfüllen, sind davon betroffen. Die EEG-Reform der Bundesregierung verlangsamt lediglich den Kostenanstieg, stoppt ihn jedoch nicht.

Wir wollen mehr Wettbewerb unter den Energieträgern. Die technisch und wirtschaftlich besten Technologien sollen sich durchsetzen, und nicht die am höchsten subventionierten. Hierzu muss die Förderung der sogenannten erneuerbaren Energien grundlegend neu gestaltet werden – auch vor dem Hintergrund, dass die angestrebten CO₂-Reduktionsziele aufgrund der europaweiten Deckelung des CO₂-Ausstoßes durch den deutschen Sonderweg nicht erreicht werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass durch die Übersubventionierung bisher gerade im sonnenarmen Deutschland der weltweit stärkste Zubau an Photovoltaikanlagen erfolgt.

Um die Energiekosten dauerhaft und wirkungsvoll zu senken, ist eine zügige Ablösung des EEG erforderlich. Perspektivisch müssen sich erneuerbare Energien ohne Subventionen im Wettbewerb behaupten. Bis dahin würde ein marktwirtschaftliches Quoten- bzw. Mengenmodell oder eine Marktprämie bei zwingender Direktvermarktung für niedrigere Kosten und Technologieoffenheit sorgen. Im Mengenmodell kann der Ausbau alternativer Energien über die Festlegung sogenannter „Grünstromzertifikate“ technologieoffen gesteuert werden. Jeder weitere Tag EEG-Förderung erhöht dagegen die milliarden schweren staatlich garantierten Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Betreibern der Anlagen, die von den Verbrauchern über 20 Jahre lang gezahlt werden müssen. Daher fordern wir bis zum Inkrafttreten einer Neuregelung ein Fördermoratorium für Ökostromanlagen. Weiterhin ist die Schaffung eines europäischen Energiebinnenmarktes voranzutreiben, um mehr Wettbewerb und günstigere Preise für Verbraucher zu erreichen.

Wir setzen uns für eine Absenkung von Steuern, Umlagen und Abgaben an den Energiekosten ein. Als Ausgleich für staatlich verursachte Strompreiserhöhungen ist die Stromsteuer auf das EU-Mindestniveau abzusenken. Diese Steuer war ursprünglich als staatliches „Steuerungsinstrument“ gedacht, um den Strompreis künstlich zu verteuern und Energieeinsparanreize zu schaffen. In Zeiten stetig steigender Strompreise ist diese Steuer nicht mehr gerechtfertigt. Sie führt dazu, dass der Staat an der Energiepreisspirale kräftig mitverdient. Wir sprechen uns zudem klar gegen eine Erhöhung der Energiesteuer (ehemals Mineralölsteuer) aus.

Die Kosten der Energiewende dürfen nicht länger allein dem Verbraucher aufgebürdet werden. Wer an der Einspeisung von Ökostrom verdient, aber unzuverlässig je nach Wind- oder Sonnenaufkommen Strom einspeist, soll sich angemessen an den verursachten Folgekosten für Netzausbau und Netzstabilisierung beteiligen. Für Investoren und Betreiber von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien wollen wir daher ein sogenanntes Netzstabilisierungsentgelt (Netz-Soli) einführen. Dies schafft zudem Anreize für den Eigenverbrauch sowie die Entwicklung und schnelle Markteinführung neuer Speichertechnologien. Anbieter von Energiespeichern (z. B. Pumpspeicherwerke) sollten für ihren Beitrag zur Netzstabilität von den Umlagen für Energieverbraucher weitgehend befreit werden.

Die Privilegierung für den Bau von Windenergieanlagen im Außenbereich gemäß § 35 Baugesetzbuch führt immer wieder zu Konflikten mit Belangen des Umwelt- und Naturschutzes und der Lebensqualität der betroffenen Anwohner. Die geplante Baugesetznovelle des Bundes, die den Ländern erstmals die Möglichkeit einräumt, Mindestabstände zu Wohngebäuden festzulegen, werden wir umgehend in Landesrecht umsetzen. Und dabei setzen wir uns für einen generellen Mindestabstand zur Wohnbebauung ein, der dem Zehnfachen der Anlagengesamthöhe („10-H-Regelung“) entspricht.

Den schädlichen Trend zum immer stärkeren Anbau von Monokulturen wie Mais oder Raps auf landwirtschaftlichen Nutzflächen als nachwachsende Rohstoffe zur Energiegewinnung gilt es im Interesse des Natur- und Umweltschutzes zu stoppen. Der Anbau derartiger Energieträger führt zu einer künstlichen Verknappung der für den Nahrungsmittelanbau verfügbaren Flächen und trägt letztlich dazu bei, dass die Nahrungsmittelpreise steigen.

Wir bekennen uns zur Braunkohlegewinnung als wichtige Säule einer zuverlässigen Energieproduktion. Sie garantiert Versorgungssicherheit, ermöglicht eine regionale Wertschöpfung und schafft gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze. Der verantwortungsvolle Umgang mit Mensch und Natur, Ressourcenschonung und die Renaturierung der Bergbaufolgelandschaften sind dabei für uns selbstverständlich.

Sachsen ist Energieland mit einer langen Tradition der Energiegewinnung, Energieforschung und der innovativen Nutzung seiner Ressourcen. Daher setzen wir auch künftig auf Forschung, Entwicklung und technische Innovationen. Wir wollen eine offene Technologieforschung, die auch Kernkraft, Schiefergasgewinnung und CCS-Technologien zur CO₂-Abscheidung mit einschließt. Vor allem die Entwicklung leistungsstarker Speichertechnologien kann in Zukunft eine wichtige Säule der Energietechnik werden.

Wir setzen auf Energieeinsparung und Effizienzsteigerung bei der Energienutzung. Dazu unterstützen wir Verbraucher bei der Erhöhung ihrer Energieeffizienz durch die landeseigene Energieagentur SAENA und führen den Gewerbeenergiepass für Unternehmen fort. Eine Verschärfung der Energieeffizienzrichtlinie lehnen wir jedoch ab. Deshalb werden wir EU-Richtlinien auch künftig nur 1:1 umsetzen. Dabei setzen wir auf Anreize statt auf Verbote und Anordnungen.

Neben dem Stromsektor sehen wir im Wärmemarkt entscheidende Potenziale zur Erhöhung der Energieeffizienz. Die Wärmeenergie hat derzeit einen Anteil von mehr als einem Drittel am gesamten Energieverbrauch in Sachsen. Wir streben daher einen ausgewogenen Mix zwischen energetischer Sanierung (Dämmung) und Heizungsmodernisierung an. Bei der Erhöhung der Energieeffizienz muss die kostengünstigste Maßnahme im Mittelpunkt stehen. Neue Technologien, beispielsweise bei Heizkesselbrennern, ermöglichen eine effizientere Wärmeenergieproduktion. Viele historische Gebäude sind für eine moderne Dämmung nur wenig geeignet. Daher ist die Heizungsmodernisierung oft ein besseres und kostengünstigeres Mittel zur Erhöhung der Energieeffizienz.

Es soll zuerst in der Entscheidung der Immobilieneigentümer liegen, wie eine Effizienzsteigerung erzielt wird. Der komplizierte Rechtsrahmen im Bereich Wärmeenergie bei Bau-, Miet- und Denkmalschutzrecht auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene muss vereinfacht werden. Überzogene Sanierungsvorgaben, die zur Unwirtschaftlichkeit oder Mietexplosion bei einer Immobilie führen, lehnen wir ab. Gleiches gilt für neue Abgaben auf Wärmeenergie, welche Mieter zusätzlich belasten. Der Schutz des Eigentums hat für uns stets einen hohen Stellenwert.

Verkehr, Infrastruktur und Städtebau

Eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist entscheidender Faktor für eine hohe Lebensqualität und die wirtschaftliche Attraktivität Sachsens. Wir wollen bezahlbare Mobilität gewährleisten. Die zentrale Lage des Freistaates in Europa bietet im Wettbewerb um Investitionen und wirtschaftliche Ansiedlungen besondere Chancen. Deshalb wollen wir Sachsens Funktion als Verkehrsdrehscheibe stärken und die Vernetzung des Freistaats mit den europäischen Handelsströmen und unseren Nachbarn Tschechien und Polen verbessern – insbesondere auf Schiene und Straße. Dazu wollen wir auch die Durchlässigkeit der vorhandenen Grenzübergänge erhöhen.

Neben der Fertigstellung der wichtigsten Straßenverkehrsachsen besitzt für uns die bessere Schienenfernverkehrsanbindung Sachsens hohe Priorität. Dafür streben wir die Elektrifizierung der Strecken von Chemnitz nach Leipzig sowie von Dresden nach Görlitz und die Verankerung einer Hochgeschwindigkeitsneubaustrecke von Dresden nach Prag an. Der Erhalt der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur in hoher Qualität ist einer der Schwerpunkte unserer Verkehrspolitik. Dafür wollen wir langfristig ausreichende finanzielle Mittel bereitstellen.